



An die  
Redaktionen

-zum RP-Artikel:  
J.C. Heitmann –Seenotrettung;

Seebrücke - Krefeld  
Kontakt: [krefeld@seebruecke.org](mailto:krefeld@seebruecke.org)

-offener Brief an Herrn Heitmann-

26.02.2019

Sehr geehrter Herr Heitmann,

im Januar haben wir neben den anderen Fraktionen im Rat der Stadt Krefeld auch die FDP angeschrieben. Wir haben Sie darum gebeten, sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten für eine aktive Seenotrettung bzw. Aufnahme von im Mittelmeer aus Seenot geretteten Menschen einzusetzen. Wir baten Sie, darum, die Kriminalisierung von Seenotretterinnen und Rettern öffentlich zu verurteilen. Wir hofften, dass Sie sich z.B. im Rahmen eines fraktionsübergreifenden Antrags im Rat der Stadt Krefeld für die humanen Ziele der Initiative Seebrücke – nämlich endlich das Sterben im Mittelmeer zu stoppen- einsetzen würden.

Auf unser Anschreiben haben wir von Ihnen / von Ihrer Fraktion keine Antwort erhalten; lesen aber nun in der Presse wie Sie dazu stehen:

Sie glauben, dass die Seenotretter\*innen kriminelle Schleuser unterstützen. Sie glauben dass die Seenotrettung in den vergangenen Jahren oft kontraproduktiv gewirkt habe – sich dadurch mehr Menschen auf die waghalsige Flucht begeben hätten. Sie erklären, der größte Teil der Migrant\*innen hätten ohnehin keine Bleibeperspektive. Sehr geehrter Herr Heitmann – wir teilen Ihre Meinung ganz und gar nicht – aber selbst wenn Sie Recht hätten – die Tatsache dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, können auch Sie nicht einfach ignorieren auch wenn Sie der Meinung sind, sie sollten gar nicht dort sein. Sie erklären es brauche den Schutz der europäischen Außengrenzen, legale Migrationswege, ein Einwanderungsgesetz ... dafür mögen Sie sich gerne einsetzen , aber bis diese Maßnahme wirksam werden können Sie nicht ignorieren was mit den Menschen passiert die jetzt auf der Flucht sind.

Es bleibt unerträglich, dass an den Grenzen unseres Europas, Menschen wegen untersagter Hilfeleistung sterben müssen. Es ist nicht zu ertragen, dass Retterinnen und Retter an ihrem humanitären Dienst gehindert werden und hierzulande auf Pegida -Demonstrationen „Absaufen, Absaufen!“ skandiert wird. Das ist ein kultureller Dammbbruch den wir nicht zulassen dürfen! Wenn wir all diesem sprach- und tatenlos zusehen, uns nicht klar und öffentlich gegen diese Unmenschlichkeiten positionieren, dann wird sich dies auswirken - auf unser Zusammenleben in Deutschland und auch hier in Krefeld.

Die humanitären Grundpfeiler unseres Gemeinwesens werden mit diesem Verhalten – und auch mit dem Wegsehen in Frage gestellt.

Wir mögen diskutieren, ob und warum Menschen aus ihren Heimatländern fliehen, ob und in welcher Form es gälte, Fluchtursachen abzubauen. Wir können kontrovers diskutieren wie Aufnahme und Verteilung der geflüchteten und geretteten Menschen zu regeln sei ... aber egal welche politischen, hoffentlich demokratischen Lösungen gefunden werden – die Menschen sind jetzt auf den Booten und WIR DÜRFEN SIE NICHT ERTRINKEN LASSEN! Dieser Kulturbruch darf nicht länger passieren!

Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fordert mehr „Engagement für ein Deutschland, das mitfühlt und mit anpackt“.

Er begrüßt ausdrücklich friedliche Demonstrationen, gegen Ausgrenzung und Rassismus: „Es geht darum, mit Überzeugung, Leidenschaft und Vernunft für eine offene Gesellschaft auf zu stehen“.

Genau das tun auch wir, als Seebrücke Krefeld. Auf den bisher von uns initiierten Aktionen und in vielen Gesprächen erhalten wir aus der Krefelder Bürgerschaft viele positive Rückmeldungen. Menschen hier begrüßen es, dass diese humanitäre Katastrophe u.a. auch durch Seebrücke-Aktionen ins öffentliche Bewusstsein gehoben und angeprangert wird.

Es reicht aber nicht das Bürgerschaftliche Engagement. Bürgerinnen und Bürger brauchen in diesem Einsatz die Unterstützung der heute politisch Verantwortlichen. Für Krefeld heißt das zunächst einmal – wir brauchen Ihre Unterstützung.

Wir appellieren also nochmals an Sie auch im Namen vieler Krefelder Bürgerinnen und Bürger:

Verabschieden Sie im Stadtrat eine entsprechende Erklärung und setzen Sie sich für die im kommunalen Zusammenhang möglichen Maßnahmen ein. Dazu gehören aus unserer Sicht selbstverständlich auch entsprechende Aktivitäten in Richtung der Entscheidungsträger\*Innen auf Landes- Bundes und Europäischer Ebene.

Elisabeth Völlings

- Seebrücke –Krefeld -